

**Präsident Norbert Kartmann:**

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

Große Anfrage der Fraktion der SPD betreffend Zukunft der Hauptschule in Hessen – Drucks. 19/2001 zu Drucks. 19/1125 –

Die vereinbarte Redezeit beträgt zehn Minuten je Fraktion. Frau Abg. Geis, Sie haben das Wort.

**Kerstin Geis (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die eine Hauptschule oder den Hauptschulzweig einer kooperativen Gesamtschule besuchen, halbiert. In Hessen besuchen gerade einmal 3,7 % der Schülerinnen und Schüler eine Hauptschule oder den entsprechenden Bildungsgang in einer Gesamtschule.

Für die Eltern ist die Hauptschule keine Wahl mehr. Im Schuljahr 2013/2014 wählten nur noch die Eltern von gut 1.200 Schülerinnen und Schülern nach der Grundschule den Bildungsgang Hauptschule für ihre Kinder. Davon waren knapp die Hälfte Kinder mit Migrationshintergrund. Das ist ein auffälliger Befund; denn laut Statistischem Landesamt betrug im Schuljahr 2013/2014 der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund in der Gesamtheit der hessischen Schulen rund 26 %.

Mit dem qualifizierenden Hauptschulabschluss haben in demselben Schuljahr gut 6.500 Schüler die Schule verlassen; davon waren 56 % junge Männer. Es kommen weitere 5.800 Schüler dazu, die die Schulen mit einem Hauptschulabschluss verlassen haben.

Bei all diesen Schülern stellt sich die Frage, was mit ihnen im Laufe ihrer Schulkarriere passiert ist, da doch bei den allermeisten davon auszugehen ist, dass sie an der weiterführenden Schule nicht im Bildungsgang Hauptschule gestartet sind. Klar ist auch der Befund, dass in Hessen drei-mal so viele Schülerinnen und Schüler vom Bildungsgang Realschule in den Bildungsgang Hauptschule gewechselt sind als vom Bildungsgang Hauptschule in den Bildungsgang Realschule.

Im Schuljahr 2012/2013 haben gemäß dem Integrationsbrief des Ministeriums für Soziales und Integration mit knapp 25 % doppelt so viele Schüler und Schülerinnen mit Migrationshintergrund die Schule mit dem Hauptschulabschluss verlassen wie solche ohne Migrationshintergrund. Im Übrigen zeigt diese Statistik auch, dass nur halb so viele Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund die Schule mit dem Abitur verlassen wie diejenigen – 44 % – ohne Migrationshintergrund. Jugendliche mit Migrationshintergrund erzielen insgesamt also nach wie vor schlechtere schulische Ergebnisse als solche ohne.

Warum sprechen wir über diese Zahlen? – Weil in Hessen der Bildungserfolg nach wie vor vom Elternhaus abhängt und oft genug auch noch von dessen Geldbeutel. Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund haben schwierige Ausgangsbedingungen und erleben dadurch häufiger Benachteiligung.

Im Rahmen des bundesweiten Vorleseabends habe ich im letzten November in einer 2. Klasse einer Grundschule in Rüsselsheim vorgelesen. Die Schule liegt in einer Wohngegend in der Stadt, in der der höchste Anteil an Familien mit Migrationshintergrund wohnt. In dieser Grundschulklasse waren 24 Schülerinnen und Schüler, zwei davon ohne Migrationshintergrund.

Mit einiger Irritation habe ich zur Kenntnis genommen, dass die Lehrerin mich regelmäßig beim Vorlesen unterbrochen hat und Begriffe und Worte einzeln erklärt hat. Die nachfolgende Erläuterung der Lehrerin hat gezeigt, dass diese Kinder in der zweiten oder dritten Generation mit Migrationshintergrund sind. Sie wurden von ihren Eltern mit dem Hinweis an der Schule angemeldet, dass sie sehr gut Deutsch sprechen. Die nähere Untersuchung hat ergeben, dass der Wortschatz der Kinder in der deutschen Sprache eingeschränkt ist, die Muttersprache allerdings auch nicht mehr richtig beherrscht wird.

Die richtige Beherrschung einer Sprache ist eine unabdingbare Bedingung für das Gelingen von Bildung. Beispiele wie diese zeigen, dass eine frühe und zielgerichtete Förderung von Anfang an die Chancengleichheit erhöht und zu deutlich besseren Bildungsabschlüssen führt.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Dafür bedarf es aber einer entsprechenden Ausstattung bereits in den Grundschulen. Eine Verlagerung von Lehrstellen aus den Grundschulen in die Sekundarstufe I ist da das gänzlich falsche Signal. Für ein Mehr an Mitteln im Primarbereich spricht auch, dass sich damit ein umfassendes und teures Reparatursystem in unseren Hauptschulen vielleicht erledigen könnte.

Für das frühere Programm SchuB, heute mit einigen neuen und anderen Elementen das Programm PuSch sind die Zielgruppe abschlussgefährdete und förderbedürftige Jugendliche. So verbringen diese jungen Menschen ab 14 Jahren beispielsweise drei Tage der Woche in der Hauptschule und zwei Tage in der beruflichen Schule bzw. im Betrieb. Sie erleben intensiveren Praxisbezug und erfahren sozialpädagogische Begleitung.

In dem Schuljahr 2012/2013 befanden sich 1.200 Schülerinnen und Schüler in dem besonderen Angebot von SchuB. Davon konnten gut 80 % einen Abschluss machen.

(Beifall bei der CDU)

Ein Fünftel dieser jungen Menschen hatte aber auch nach intensivster Betreuung im jugendlichen Alter immer noch keinen Bildungserfolg. Vielleicht sind das die jungen Menschen, denen man durch eine intensivere Förderung im Grundschulalter von Anfang an zu einem besseren Bildungserfolg verholfen hätte und denen man eine solche Maßnahme damit hätte ersparen können.

(Beifall bei der SPD)

Im Schuljahr 2012/2013 haben gemäß den Angaben des Kultusministeriums 23 % der Schülerinnen und Schüler unmittelbar nach dem Erreichen des qualifizierenden Hauptschulabschlusses eine Ausbildung im dualen System begonnen. Bei den Schülern mit Hauptschulabschluss waren es gerade noch 18 %. Auch hier stellt sich die Frage: Was ist mit den anderen Schülern passiert? – Ein größerer Teil besucht wahrscheinlich eine weitere qualifizierende Schule im beruflichen System.

(Zuruf von der CDU)

Aber der Rest? – Dieser Rest muss wiederum in staatlichen Maßnahmen auf einen Einstieg in das berufliche Leben vorbereitet werden. Das ist erforderlich, weil Schule – hier in der Regel der Bildungsgang Hauptschule – versagt hat und diese jungen Menschen nicht zum Erfolg führen konnte.

(Zuruf von der CDU: Gehen Sie mal zu einer Hauptschule!)

Betriebe beklagen sich laut der Ausbildungsumfrage des DIHK 2014 über mangelnde Qualifikation der Bewerberinnen und Bewerber, denen es insbesondere an sprachlicher Ausdrucksfähigkeit, mathematischen Grundkenntnissen und an Leistungsbereitschaft fehle. Es fehle ebenso Ausbildungs- und Berufsreife.

Im September 2015 hat der Hessische Kultusminister gemeinsam mit der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände weitere 32 Schulen mit dem Gütesiegel Berufs- und Studienorientierung Hessen „OloV“ ausgezeichnet.

(Zuruf von der CDU: Gutes Programm!)

– Ja, das meine ich auch. Das ist ein gutes Programm.

Nur sechs dieser ausgezeichneten Schulen waren von der Schulform Hauptschule. Insgesamt sind in Hessen 260 Schulen in „OloV“ zertifiziert. „OloV“ hat bei der beruflichen Orientierung sicherlich gute Grundlagen gelegt, bedarf aber mit dieser Zahl an teilnehmenden Schulen ganz sicher der weiteren Verstärkung. Die Berufsorientierung muss für die Jugendlichen und ihre Eltern transparenter werden. Dem Fach Arbeitslehre kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

Alle Maßnahmen der individuellen Förderung können bessere Maßnahmen der Hilfeleistung sein. Schulsozialarbeit bedeutet in diesem Kontext mehr als unterrichtsunterstützende sozialpädagogische Förderung, die im Übrigen auch wieder nur ein Ressourcenproblem an die Schulen verlagert. Sie ist ein wesentliches Element pädagogischer Hilfestellung und muss durch die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen gestärkt werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe an der Arbeitsgruppe 4 im Bildungsgipfel teilgenommen. Inhalt war hier die Fragestellung, wie Schule als Vorbereitung auf die Arbeits- und Lebenswelt zu gestalten ist. Ein Konsens in dieser Arbeitsgruppe lautet – ich darf zitieren –:

Reformkonzepte sind daran zu messen, ob möglichst alle Schülerinnen und Schüler einen Abschluss erhalten und ob allen Bewerberinnen und Bewerbern um Ausbildungsplätze der Übergang in eine vollqualifizierende Ausbildung ermöglicht wird.

Wer diesem Anspruch gerecht werden möchte, hat in der jetzigen Situation an den hessischen Schulen im Bildungsgang Hauptschule ein wahrlich ambitioniertes Ziel, und das auch deshalb, weil unsere Schulen Kinder von ankommenden Flüchtlingen aufnehmen und weiter aufnehmen werden. Für diese Kinder gilt wie für alle anderen auch, dass der Erwerb der Sprache eine wesentliche Grundlage für eine gelungene Bildung darstellt. Knapp 300 Intensivklassen in diesem Jahr bilden eine Grundlage, die es in der nahen Zukunft sicherlich auszubauen gilt.

Aber bei diesem Ausbau wird man genau hinschauen müssen. Schaut man sich an, wie diese Intensivklassen über die Schulen verteilt sind, stellt man sehr schnell ein Ungleichgewicht fest. Während nur acht Intensivklassen an hessischen Gymnasien installiert wurden, verteilt sich der Rest über die hessischen Grundschulen, Haupt- und Realschulen sowie die Gesamtschulen. Woher kommt diese Verteilung?

(Zuruf von der CDU: Bedarfsorientierte Verteilung!)

Im statistischen Mittel ist doch nicht davon auszugehen, dass die Kinder von hier ankommenden Flüchtlingen dümmer oder weniger leistungsorientiert sind als die hier lebenden Kinder. Ziel der Intensivklassen ist es doch, sie nach dem späteren Spracherwerb in eine Regelklasse der Schule zu integrieren. Oder plant die Hessische Landesregierung, mittels der Kinder von hier lebenden Flüchtlingen die sterbende Hauptschule in Hessen zu revitalisieren?

(Zuruf von der CDU: Die Kinder sind einfach jünger!)

In der Frage, was mit den Erkenntnissen aus dem Bildungsgipfel und den sonst noch erforderlichen Anpassungen unserer Schulen auf aktuelle Bedürfnisse wohl passieren wird, werden wir gebetsmühlenartig darauf verwiesen, dass im Laufe des Jahres 2016 eine Novellierung des Hessischen Schulgesetzes vorgelegt wird.

Im Juli 2015 hat der Hessische Kultusminister pressewirksam festgestellt, dass sich in Hessen eine neue Gesprächskultur etabliert hat. Wir haben davon zwar noch nicht wirklich viel mitbekommen, bauen aber für die Beratung zur Novellierung dieses Schulgesetzes auf diese Ihre Absichtserklärung. Wir erwarten von Ihnen einen kraftvollen Wurf und kein Verrieseln in schwarz-grünen Koalitionsfallstricken. – Vielen Dank.